

URL: http://www.pds-online.de/partei/strukturen/agigs/ag_behindertenpolitik/dokumente/view_html?zid=12&bs=1&n=0

Datum: 12.10.2003

12.10.2003

Ergebnisse der 4. behindertenpolitische Konferenz und Fachtagung zur EU-Erweiterung

Brief an Genossen Lothar Bisky und den Parteivorstand der PDS

Am 11. und 12.10.2003 fand in Erkner bei Berlin die 4. behindertenpolitische Konferenz und Fachtagung zur EU-Erweiterung mit Gästen aus Polen und Tschechien als Veranstaltung der Gruppe der PDS des EU-Parlaments und des Parteivorstandes der PDS statt. Als Ergebnis der Konferenz und Fachtagung erklärt der Sprecherrat der AG im Namen der TeilnehmerInnen:

Die TeilnehmerInnen der 4. behindertenpolitischen Konferenz und Fachtagung "Europa - sozial und gerecht?" danken der Gruppe der PDS im Europa-Parlament und dem Parteivorstand für die Unterstützung, ohne die diese Konferenz nicht statt gefunden hätte.

Der Parteivorstand wird gebeten, mit seinen Möglichkeiten, die Forderung nach dem Erhalt der paritätischen und solidarischen Krankenversicherung zu unterstützen und die Landesverbände / Landesvorstände und Landtagsfraktionen zur nachdrücklichen Unterstützung aufzufordern.

Wir bitten den Parteivorstand, uns und unsere Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, um die Gefahren der Globalisierung auf allen Politikfeldern noch deutlicher werden zu lassen. Wir sind der Meinung, dass mit der menschenverachtenden Kosten-Nutzen-Rechnung die individuelle Persönlichkeitsentwicklung und die soziale Teilhabemöglichkeit dem wirtschaftlichen Diktat geopfert wird. Das gilt nicht allein für Menschen mit Behinderungen, sondern umfasst alle Menschen, die vom sozialen Abstieg bedroht sind.

Wir bitten den Parteivorstand und die Gruppe der PDS im EU-Parlament, sich der Forderung anzuschließen, im Artikel III/8 des EU-Verfassungs-Entwurfs (Diskriminierungsverbot) das Vetorecht durch Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen. Hilfreich wäre, wenn der Parteivorstand in einem eigenen Schreiben an den Kanzler diese Aktion, die verschiedene Behindertenorganisationen (einschließlich des Deutschen Behindertenrates) bereits unternahmen, unterstützt.

Der in der Behindertenbewegung veröffentlichte Vorschlag einer inhaltlichen Definition von Diskriminierung sollte als Grundlage für ein Antidiskriminierungsgesetz anerkannt werden. Hierzu ergeht die Bitte an den Vorstand, in der Debatte um ein Antidiskriminierungsgesetz auf diese Definition zu verweisen und die Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in das geplante Gesetz zu unterstützen.

Hier der Definitionsvorschlag des Berliner Behindertenverbandes "Für Selbstbestimmung und Würde" e. V. (BBV), den wir zur Grundlage unserer weiteren Diskussion machen und schließlich in die Gesetzgebung einführen wollen:

1. "Diskriminierungen sind jede Verhaltensweise, Maßnahme oder Struktur, die Menschen in ihrer Persönlichkeitsentfaltung und/oder der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschränkt oder sie erschwert und/oder die persönlichkeitsverletzend, würdebetrübend oder ehrabschneidend wirken. Diese Tatbestände sind insbesondere dann gegeben, wenn die Verhaltensweisen, Maßnahmen oder Strukturen sich auf Rasse, Religion, Herkunft, Alter, Behinderung oder sexuelle Orientierung beziehen oder auswirken.
2. Personen, die solche Verhaltensweisen an den Tag legen, Maßnahmen veranlassen oder durchführen oder Strukturen schaffen bzw. ihre Beseitigung verhindern, sind zivil-, verwaltungs- und/oder strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.
3. Diskriminierungen i.S.d.G. werden mit Freiheitsstrafe zwischen einem und drei Jahren und ggf. Geldstrafen bis zu 500.000 Euro geahndet. Im Verwaltungsrecht können Beförderungsaussetzung, Versetzung in eine niedrigere Besoldungs- oder Gehaltsgruppe und in besonders schweren Fällen auch fristlose Entlassung oder unehrenhaftes Ausscheiden aus dem Beamtenstatus erfolgen. Zivilrechtlich besteht Anspruch auf Schadenersatz und/oder eine dem Schmerzensgeld analoge einmalige Geldsumme zwischen 20.000 und 100.000 Euro."

Der Vorschlag der AG "Selbstbestimmte Behindertenpolitik der PDS", Ilja Seifert als Kandidat für die

EU-Wahlen auf einen aussichtsreichen Platz zu nominieren, wird durch die TeilnehmerInnen der Konferenz und Fachtagung ausdrücklich unterstützt. Da mit der EU-Erweiterung nationalstaatliche Entscheidungen - nicht zuletzt auf sozialpolitischem Gebiet - immer stärker beeinflusst werden, muß die PDS mit anerkannten Sozialpolitikern im dortigen Parlament vertreten sein.

Wir befürchten, dass die Erweiterung ansonsten fast ausschließlich von wirtschaftlichen Interessen getrieben wird. Ohne eine Sozialunion sehen wir das als Bedrohung an. Im Hinblick auf die "Ost-Erweiterung" befürchten wir, dass der Sozialabbau in Deutschland den Beitrittsländern als Maßstab gelten soll. Das wiederum trüge zum Verlust an individueller und nationaler Identität bei. Da Ilya Seifert nicht nur eine der Sprachen der Beitrittsländer (tschechisch) spricht, sondern sich auch in der dortigen Behindertenbewegung einen guten Namen machte, kann er Kompetenz einbringen, die ihresgleichen sucht.

Wir sind uns darüber im klaren, dass wir im EU-Parlament auf der Oppositionsseite sitzen, halten es dennoch für möglich, dass kompetente und sachkundige SozialpolitikerInnen zumindest kleine Sandkörner ins Getriebe der wirtschaftsorientierten Erweiterung streuen können. Ilyas Erfahrungen aus dem Bundestag veranlassen uns seine Kandidatur vorzuschlagen. Hierzu erbitten wir auch die Unterstützung des Parteivorstandes.

Mit den Gästen aus Polen und Tschechien vereinbarten wir eine engere Zusammenarbeit, gerade auf sozial- und gesundheitspolitischen sowie behindertenpolitischen Bereichen. Wir entschlossen uns zu einem intensiveren Erfahrungsaustausch.

Sozial-, Gesundheits- und Behindertenpolitik sind die Bereiche, auf denen uns die Menschen in unserem Land, trotz aller aufgezwungenen Mitentscheidungen, noch immer hohe Kompetenz zusprechen. Diese Kompetenz der PDS heißt es, weiter auszubauen und zu vertiefen. Hierzu beizutragen, verpflichteten sich die TeilnehmerInnen und die AG.

PDS-Politik ist und soll Menschen- und Bürgerrechtspolitik bleiben. Sozial und solidarisch dürfen keine Worthülsen werden.

Irene Müller
Christian Schröder